

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er scheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,35 M., in den Randorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streifen zum Erschließ jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preitselle oder deren Raum 15 Pfa., die Spaltenweise Reklameweile 40 Pfa., Ausnahmestücke 50 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbelegung unbedingt gebührender oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegabgabe 10—12 Uhr, das Anzeigen-süßliche Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 59

Dienstag, den 19. Mai 1931

33. Jahrg.

Die Badeanstalt

ist täglich von 10—12 und 14—21 Uhr geöffnet. Es werden Jahres- und Tageskarten ausgegeben. Die Gebühren betragen:

a) Jahreskarten:	b) Tageskarten:
für Erwachsene 3,— RM.	0,20 RM.
für Erwachsene 5,— RM.	
für Erwerbslose, Lehrlinge und Kinder 1,50 RM.	0,10 RM.

Für die Benutzung des Kades sind zu entrichten: bei 1 Person 30 Pfa., bei 2 Personen 40 Pfa., bei 3 Personen 60 Pfa. je Stunde.

Die Badeanstalt ist Herr Max Durach befehligt worden. Nur unter seiner Aufsicht ist das Baden und Gehen gestattet. Verboten ist das Betreten der anliegenden Grundstücke. Wer die Ordnungsbestimmungen oder die Anordnungen des Bademeisters nicht befolgt, hat die Anstalt zu verlassen. Jahreskarten können auch in der Stadtschreiberei gelöst werden. Remberg, den 18. Mai 1931.

65] Der Magistrat.

Danzerschiff „Erfolg Preußen“

Am 19. Mai läuft in Anwesenheit des Reichspräsidenten das neuerrichtete Danzerschiff „Erfolg Preußen“ auf den Deutschen Werften in Kiel vom Stapel. Ueber diesen neuesten Kriegsschiffbau ist sowohl in der deutschen und fast mehr noch in der fremdsprachigen Presse viel geschrieben worden. Bei vielen von einem Wandern der Schiffe, einem epochenmachenden Schiff, einem Schlachtschiff der Zukunft bei den einen und hören von den anderen, daß es nur ein Wesentlicheschlachtschiff ohne Gegner und eigentlich überflüssig sei. Bei Beurteilung des Wertes von „Erfolg Preußen“ ist es erforderlich, der übertriebenen Beurteilung mancher Auslandskritiker kritisch gegenüberzutreten. Man merkt den nur allzu durchsichtigen Zweck eigener Klüftungsverflechtung.

Wie steht es nun in Wirklichkeit um das Schiff, welche besondere militärischen und technischen Eigenschaften rechtfertigen die ungewöhnliche Beachtung, die das Danzerschiff im In- und Ausland gefunden hat? Jedes Kriegsschiff ist ein Kompromiß aus den Gewichtsteilen, die für Armierung, Geschwindigkeit, Fahrtriede, Panzerung und den eigentlichen Schiffkörper verwendet werden.

Das Danzerschiff hat eine Länge von 180 Metern bei einer größten Breite von 20 Metern. Die Seitenhöhe vom Kiel bis zum Aufbaudeck beträgt 12,4 Meter, der Tiefgang 5,8 Meter. Das Unterwasserprofil ist verhältnismäßig stark konstruiert. Der geringe Tiefgang ermöglicht es dem Schiff, im Gegensatz zu Großkampfschiffen, auch flache Gewässer, wie sie an vielen Küsten im allgemeinen vorhanden sind, aufzufahren, sei es, um diese Gewässer im Kampf tätlich auszunutzen oder den Angriffen von U-Booten auszuweichen, die in flachem Wasser gar nicht oder nur unter Schwierigkeiten operieren können. Die schlanke Form ist gewählt worden, um möglichst geringe Widerstände im Bereich der normalen Geschwindigkeit zu erlangen.

Die schwere Artillerie des Schiffes besteht aus 6 28-Zentimeter-Geschützen in 2 Drillingstürmen, die vorn und achtern in der Mittelgeschwindigkeit, aufgestellt sind. 8 15-Zentimeter-Geschütze in Gruppen zu je 2 Einzelgeschützen bilden die Mittelartillerie der Besatzung leichter Streitkräfte. Eine große Anzahl von Aufstomschiffen veranlassen die Artillerie der Armierung. Ein Vergleich mit anderen Schiffsklassen ergibt, daß „Erfolg Preußen“ artilleristisch der Klasse der Vinienschiffe unterlegen, Kreuzern mit gleicher Wasserdrängung indessen erheblich überlegen ist. Gegenüber der schweren Artillerie anderer veralteten Vinienschiffe bedeutet die artilleristische Armierung von „Erfolg Preußen“ einen Fortschritt. Wenn auch das Kaliber von 28 Zentimetern daselbst gegeben ist, so ist doch die Reichweite um circa 12 km gesteigert und das in der Minute zu verfeuernde Geschossgewicht fast verdreifacht. „Erfolg Preußen“ erhält 6 50-Zentimeter-Heberwasser-Torpedorohre in Drillingsaufstellung. Es ist offensichtlich, daß diese verhältnismäßig schwere Artillerie- und Torpedoarmerung einen großen Gewichtsteil der Tonnage beansprucht. Dies ließ sich nur rechtfertigen, wenn es gelang, daneben ausreichende Geschwindigkeit und genügenden Schutz zu erhalten. Alles kam demnach auf Gewichtsparsamkeit bei den Maschinen, dem Schiffkörper, den Längs- und Querverbindungen und der Ausrüstung an.

Als es gelungen war, das Einheitsgewicht von Großmotoren auf ein Sechstel gegenüber dem Gewicht gleicher Maschinen im Jahre 1918 herabzubringen, wurde bei „Erfolg Preußen“, und zwar erstmalig für den Bau eines so großen Kriegsschiffes eine reine Delmoorenanlage vorgesehen. Bei einem Gewicht von 8 Mio. M. P. S. entwidet die aus 8 Delmoalden bestehende Anlage 50 000 M. P. S. und verdrängt das Schiff eine Geschwindigkeit von 26 Seemeilen oder 45 Kilom. in der Stunde. Se 4 Motoren, parallel angeordnet, arbeiten auf eine Welle. Bei geringem Gewicht

und hoher Leistungsfähigkeit gibt die Delmoorenanlage dem Schiff einen großen Aktionsradius. Er beträgt 10 000 Seemeilen bei einer Geschwindigkeit von 20 Seemeilen oder 37 Kilom. in der Stunde. Auf das Schiff geringere Fahrt, so erhöht sich der Aktionsradius noch beträchtlich.

Im Geschwindigkeit ist das Danzerschiff den Vinienschiffen anderer Mächte überlegen, den Kreuzern allerdings unterlegen. Dafür ist aber die Artillerie und der Panzerfuß erheblich stärker. Im Gegensatz zu den Washington-Kreuzern von 10 000 Tonnem, die in der Fachpresse häufig als Bleichschachtel bezeichnet worden sind, erhält „Erfolg Preußen“ einen Seitenfuß, der sich über die ganze Länge ausdehnt 2 gepanzerte Decks und besonders starke Längsschotten. Der Schutz des Schiffes gegen Angriffe aus der Luft besteht neben dem bereits erwähnten Flugzeugabwehrkanonen in einer verbesserten Unterwasserabweisung und in der Ausrüstung mit zahlreichen Nebelapparaten. Gegen U-Boote ist das Schiff durch seinen geringen Tiefgang, eine verbesserte Unterwasserabweisung und seine hohe Wendigkeit gesichert.

Auch beim Bau des eigentlichen Schiffkörpers stand genau wie für die Wahl der Maschinenanlage die Forderung nach Gewichtsparsamkeit im Vordergrund. Teile der Schiffsplattung wurden als tragende Verbände ausgenutzt. An Stelle der bisher üblichen Rietung wurde die Schweißung in weitgehendem Maße, und zwar erstmalig beim Bau eines größeren Kriegsschiffes nach den Erfahrungen uneres Kreuzerbaues angewandt. Besonders hochwertige Materialien fanden an den Stellen Verwendung, die beim Seegang und beim Salvenfeuer der Geschütze besonderer Beanspruchung ausgesetzt sind. Nach den Angaben der offiziellen Marinerechnung wurden auf diese Weise 550 Tonnem allein beim geschützten Schiffkörper eingespart.

Im Januar 1930 schrieb das führende englische Fachblatt „Naval and Military Record“, „Erfolg Preußen“ stellt in strategischer und taktischer Hinsicht einen Faktor dar, der unmöglich unbedacht gelassen werden kann. Deutschland hat der Welt klar bewiesen, daß die gewaltige Steigerung der Größe der Schlachtschiffe völlig überflüssig geworden ist und sie in keinem Verhältnis zu dem erzielten Kampfwert steht.“ Auch bei großen Seemächten besteht die Tendenz, die Tonnage des einzelnen Schiffes herabzusetzen. Deutschland hat bewiesen, daß auch geringe Tonnage einen hohen Kampfwert haben kann. Der Weg zur Herabsetzung der Vinienschiffstonnage ist gezeigt und gangbar. In diesem Sinne kann „Erfolg Preußen“ als ein Schrittmacher auf dem Wege der Abrüstung bezeichnet werden.

Die Verteidigung der Zollunion.

Curlius vor dem Europa-Ausschuss.

Genf, 17. Mai.

Die große wirtschaftspolitische Aussprache wurde im Europa-Ausschuss durch einige kurze Begrüßungsworte eröffnet, die Briand an die zum ersten Male an der Sitzung teilnehmenden sowjetrussischen, türkischen und dänischen Abordnungen richtete. Er erteilte indessen als ersten Redner

Außenminister Dr. Curlius

das Wort, der u. a. ausführte:

Ueber Schmerz und Tiefe der Krise brauche ich nicht viel zu sagen. Die Krise liegt uns in den Gliedern. Die Not anderer Völker spornt uns zu höchster Kraftanstrengung an. Wir sind durchdrungen von der Verantwortung, neben den eigenen Hilfsmaßnahmen am großen Werke für Europa mit stärkster Hingabe zusammenzuwirken. Als Deutscher habe ich besonderen Anlaß, so zu sprechen.

Die Krise trifft einen Volkstörper, welcher durch die Erschütterungen des Krieges und Amputationen des Friedens, durch Revolution und schwerste soziale Störungen, durch ungeheure Vermögensverluste und dauernde Kapitalentscheidung ohne Gegenleistungen empfindlicher und schmerzlicher als irgendein anderer ist.

Wir sind daher auf das höchste an allem interessiert, was uns eine Besserung unserer Lage verspricht. Wir haben gleichzeitig in der vordersten Reihe diejenigen, die in zusammenfassender Arbeit aller europäischen Nationen die Behebung der europäischen Krise sich zur solidarisierenden Aufgabe stellen haben.

Die Ursachen der Weltkrise.

Dr. Curlius ging indann auf die Ursachen der Krise ein, die mannigfaltig seien wie ihre Erscheinungen. Er verweis dabei auf die bedeutsamen Verhandlungen der internationalen Handelskammer in Washington, die erstreckten, weil für Deutschland auch das Problem der internationalen Verflechtung und der Wirkungen der hierdurch bedingten Zahlungen auf den Weltmarkt eingehend erörtert und in ihre Entschiefungen aufgenommen habe. Es kommt mit in diesem Augenblick nicht darauf an, über den unter Ziffer III der Tagesordnung erwähnten deutsch-österreichischen Plan einer Zollunion zwischen diesen beiden Ländern speziell zu sprechen. Ich möchte Verhandlungen darüber anregen, ob und in welchem Maße der Gedanke von Zollunionen zwischen einzelnen Ländern oder Gruppen von einzelnen Ländern geeignet ist, den unbilligsten wirtschaftlichen Verhältnissen Europas abzuhelfen. Zur Charakteri-

serung der europäischen Situation führe ich noch einmal oft gehörte Zahlen an: 20 000 Kilometer neue Zollgrenzen, 13 neue Währungen, 9 neue Wirtschaftsgebiete und Zolltarife. In dieser wirtschaftlichen Zersplitterung Europas, im wesentlichen Mittel- und Westeuropas, liegt die größte Gefahr der Zukunft. Die wirtschaftlichen Folgen dieses Zersplitterns vor unseren Augen immer klarer ab.

Zorfschreitende Proletarisierung.

Die erste Folge ist unrationelle und zu teure Güterproduktion und Verteilung und der dadurch bedingte Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit. Die nächste Folge ist der Rückgang der Kapitalkraft und des Wohlstandes, Unterkonsum, Arbeitslosigkeit, Proletarisierung des Mittelstandes und Verelendung der Arbeiterschaft. Das alles führt die Gefahren sozialer Kämpfe herbei und selbst die Lebenszeit, daß die europäische Wirtschaft sich nicht aufrecht erhalten lassen könne, wenn sie so bleibt, wie sie ist. Auf dieser Lage führt nur ein Weg heraus, die fortschreitende Vergrößerung der Wirtschaftsgebiete. Jedes staatliche Wirtschaftsgebiet hat die Tendenz, und zwar um so stärker, je kleiner es ist, sich zu einer wirtschaftlichen Autarkie zu entwickeln.

Wege des Erfolgs.

Die herbe Kritik, die der Vorführen der Wirtschaftsunionen, Colijn, in der letzten Januaragung geübt hat, ist noch in unferer aller Erinnerung. Natürlich wäre es falsch, aus dieserigen negativen Erfahrungen den Schluß ziehen zu wollen, daß sich bei neuen Vereinigungen nicht doch auch auf den bisher vorgeschlagenen Wegen Erfolge erzielen ließen.

Es müssen zwei Arbeitsmethoden nebeneinanderlaufen. Die erste Methode, die unmittelbar die Regelung der Gesamtinteressen der europäischen Staaten in Angriff nimmt, ist die der multilateralen Vereinbarung. Bei der hier voraussetzenden Gleichheit der Interessen kann das Gelingen nicht ohne die Zustimmung aller Staaten im Laufe der Zeit von selbst folgen. Ich darf dabei an den Werdegang des Welttelegraphenvertrages erinnern. Die zweite Methode, die ich als ein Fortschreiten vom Einzelnen zum Ganzen beschreiben möchte, muß mit Vereinbarungen zwischen zwei Staaten oder wenigstens im ganz kleinen Kreise beginnen, um so zu einem ersten Erfolg zu führen. Auch lokale Vereinbarungen müssen natürlich von vornherein die Tendenz zur Verallgemeinerung in sich tragen. Zum mindesten wird an Stelle der jetzigen Vielheit von Wirtschaftsgebieten zunächst einmal eine kleinere Zahl von größeren wirtschaftlichen Gruppen treten. Dieser Plan bilateraler oder regionaler Vereinbarungen zur Abhilfe der vorhandenen wirtschaftlichen Uebelstände Europas führt zunächst zu Zollunionen. An sich könnte man daran denken, daß auch hier vielleicht Zwischenstufen möglich wären. So steht ja z. B. der Gedanke der Zollpräferenz für südeuropäische Getreide zur Debatte, und Deutschland selbst hat diesen Gedanken sympathisch aufgenommen.

Das Reiz zur Zollunion.

Die Verallgemeinerung der Präferenzidee, die zum System zu erheben, würde das System der Mostföngung zerstören, das zum Zweck hat, das zu erhalten, was aufrecht zu erhalten auch Deutschland das lebhafteste Interesse hat.

Der Gedanke regionaler Verteidigung, der Gedanke der Zollunion hat in den letzten Jahren wachsende Bedeutung erlangt. Ich darf auf die Bemühungen Englands und Italiens, Südlansens und Rumaniens vorweisen, zu Zollunionen zu gelangen. Im Raume der früheren Donau-Monarchie ist immer von neuem davon die Rede gewesen und auf einem Kongress in Zürich im vorigen Jahre haben die Wirtschaftskreise den Gedanken einer Zollunion zwischen Frankreich und Belgien beprochen. Es find nicht die Einfuhrzölle, es sind vielmehr namhafte Führer des öffentlichen Lebens, die seit Jahr und Tag an dem großen Plan arbeiten, zwischen Deutschland und Frankreich eine Zollunion mit der Tendenz weiterer Zusammenarbeit zu schaffen.

Man sieht, daß der Gedanke der Zollunion immer weitere Kreise zieht entsprechend dem ihm für die Sanierung Europas beizumehenden Wert. Ich erlaube mich bei dieser Lage bereit, mit jedem Lande, groß oder klein, in einem abstoßenden Gedantenaustausch über die Möglichkeit der Einführung einer Zollunion einzutreten und mache dabei keinen Unterschied in der Richtung, ob Verhandlungen zu Zweien oder von vornherein Verhandlungen einer regionalen Gruppe in Betracht kommen würden. Ich darf die dringende Bitte aussprechen, diese Aufforderung ernst zu prüfen.

Zum Schluß betonte Dr. Curlius, daß er bereit wäre, an allen Vorkäufigen und Anstrengungen mitzuwirken, die geeignet wären, zur Biedergerundung seines Vaterlandes und Belgiens beizutragen.

Briand protestiert gegen die Zollunion.

Der französische Außenminister Briand gab nach der Rede des deutschen Außenministers in der Europa-Konferenz eine Erklärung ab, in der er das deutsch-österreichische Zollbündnis als schärfste ablehnte und im Namen Frankreichs erklärte,

Frankreich könne das Zollunionsabkommen nicht zulassen, da es gegen die internationalen Verträge und Abmachungen verstoße.

Briand erklärte zunächst, er habe einige der von Dr. Curtius vertretenen Auffassungen für gerechtfertigt. Dr. Curtius habe eine Methode vorgezeichnet, um einen Zusammenschluss der europäischen Völker zu finden. Nach seiner Auffassung liege die Hauptursache der Wirtschaftskrise darin, daß eine Anspannung des Handels und der Produktion der europäischen Völker nicht stattgefunden habe und daß hierdurch die gegenwärtige anarchische Situation in Europa hervorgerufen worden sei.

Dr. Curtius habe als Beispiel auf eine bestimmte Zollunion hingewiesen. Er müsse im Namen Frankreichs gegen diese Anspannung auf eine bestimmte Zollunion protestieren. Seine Aufgabe sei, einen derartigen Hinweis auf diese Zollunion unter keinen Umständen ohne einen Protest vorbeiziehen zu lassen.

Die zollpolitische Frage stelle keineswegs die einzige Lösung dar. Dr. Curtius habe darauf hingewiesen, daß der Versuch zu einer allgemeinen Lösung der heutigen Wirtschaftsprobleme gescheitert sei. Man dürfe nicht etwa jeden Versuch aufgeben, zu einer Lösung zu gelangen, die alle europäischen Völker zu gemeinsamer Zusammenarbeit zusammenfasse. Die französische Regierung werde dem Europa-Zuschuß eine Zusammenfassung der vorbestehenden Maßnahmen vorschlagen, die einen Ausweg bieten könnten.

Dr. Curtius hatte seinen Standpunkt, wie er erklärt habe, voll aufrecht. Er müsse jedoch feststellen, daß die von Curtius vorgeschlagene Methode von ihm nicht angenommen werden könne. Briand wies darauf hin, daß Dr. Curtius das Beispiel der Zollunionspläne zwischen Frankreich und Belgien berührt habe.

Aber welche Urheber, welche Drohung, Gefahren und Schwierigkeiten hätten die damaligen Pläne Frankreichs und Belgiens in der ganzen Welt hervorgerufen und welche politischen Folgen seien davon begleitet gewesen? Frankreich habe jedoch auf diesen Plänen nicht bestanden, habe sogar diese Pläne aufgegeben im Hinblick auf die allgemeine Urheber und Belangnis, die dieser französisch-belgische Zollunionsplan ausgelöst habe.

Briand schloß dann mit der Erklärung, er sei durchaus bereit, alle Methoden für eine Lösung der Wirtschaftsprobleme eingehend zu prüfen. Er lehne jedoch eine Methode ab, die gegen die bestehenden Verträge und Vereinbarungen verstoße.

Curtius' Antwort an Briand

Unmittelbar nach der Erklärung Briands über das deutsch-österreichische Zollabkommen gab Dr. Curtius folgende kurze Erklärung ab: Briand habe von erlauben und unerlaubten Zollunionsplänen gesprochen. Er habe seinerseits in seiner allgemeinen Behandlung der gegenwärtigen zollpolitischen Fragen das deutsch-österreichische Zollabkommen nicht behandelt. Wenn er in seiner Rede erwähnt habe, lo nur, um zu erklären, daß er diese besondere Frage in der Generaldebatte nicht erörtern werde.

Die Frage des deutsch-österreichischen Zollabkommens werde im Völkerverbund in der nächsten Woche zur Sprache gelangen und dort werde entschieden werden, ob das deutsch-österreichische Zollabkommen erlaubt oder nicht erlaubt sei. Die deutsche Regierung verweise ungeschwehrt auf den Standpunkt, daß das deutsch-österreichische Zollabkommen nicht gegen die internationalen Verträge und Abmachungen verstoße, sondern sich vielmehr in den Rahmen der internationalen Verträge und Abmachungen einfüge.

Die Verhandlungen der Europa-Kommission wurden nach diesem scharfen deutsch-französischen Duell am nachmittag verlag.

Scharfe Ablehnung.

Die Erklärung Briands, die in einem scharfen und erheiternden Tone abgegeben wurde, findet in deutschen Kreisen scharfe Ablehnung. Man bestreitet Briand auf das nachdrücklichste das Recht, das deutsch-österreichische Zollabkommen als verboten und unerlaubt und als eine Verletzung der internationalen Verträge zu erklären, bevor der Völkerverbund auf der Frage der rechtlichen Zulässigkeit des Abkommens Stellung genommen hat. Jedoch hat die Erklärung Briands, die nach den Erfahrungen der letzten Jahre und der geläufigen Haltung der französischen Politik zum Völkerverbund zu erwarten war, nicht weiter übertraf. Sie wird allgemein auf die offensivste Absicht zurückgeführt, seine erschütterte Stellung in Frankreich wieder zu festigen. Allerdings hat sich Briand damit in der Frage des deutsch-österreichischen Zollabkommens endgültig ausgesprochen und die un-

eingeschränkte Bestätigung des Zollabkommens öffentlich angeklagt. Auf deutscher Seite kann nur auf das Schicksal liegen die letztendlich einigtion und völlig ungegründeten Behauptungen und Feststellungen Briands protestiert werden.

Der Europa-Ausschuß in Genf.

Erste Fühlungsnahme und Besprechungen.

Genf, 15. Mai.

Die ersten diplomatischen Fühlungsnahmen haben bereits begonnen. Kurz nach Ankunft der deutschen Abordnung fand eine erste Zusammenkunft zwischen Curtius und Schober statt.

In der die übereinstimmende Haltung Deutschlands und Österreichs bei der Behandlung der Zollunion im europäischen Ausschusse und anschließend im Völkerverbund festgelegt worden ist.

In den Erklärungen der Außenminister vor dem europäischen Ausschusse dürfte sich die grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an allen Plänen und Vorschlägen ergeben, die von Briand dem Völkerverbund für die europäischen Wirtschaft sind. Um Aufste des Vormittags statteten Henderson und Grandi dem Generalsekretär des Völkerverbundes einen Besuch ab. Ferner fand bereits eine längere Unterredung zwischen Henderson und Grandi statt.

In unterrichteten Kreisen verlaufte, daß in der Unterredung weitgehende Übereinstimmung bezüglich des deutsch-österreichischen Zollabkommens festgekehrt wurde. In der Fühlungsreise voll vereinbart worden sein, daß in nächster Zeit neue Verhandlungen zwischen Frankreich, England und Italien beginnen sollen; jedoch ist zunächst noch kein neuer Vorschlag angeht, der die festgekehrten Verhandlungen neu beleben könnte.

Grandi wird im Europa-Ausschusse den Vorschlag machen, das geheiligte Zollabkommensabkommen von 1930 von neuem zu prüfen und die Möglichkeiten eines Intraffretens dieses Abkommens zu erörtern. Dieser Vorschlag soll die Zustimmung der englischen Regierung gefunden haben.

Endlich soll in der Besprechung am Donnerstag im italienischen Saal im Ausdruck gebracht werden sein, daß eine Kandidatur Hendersons zum Präsidenten der Völkerverbundskonferenz die Unterstützung Italiens finden würde. Damit ist die Kandidatur Benoist wohl endgültig erledigt.

Poncet Frankreichs Vertreter

Briand ist in Begleitung des Staatssekretärs beim Ministerpräsidenten, Poncet, in Genf eingetroffen.

Mit von maßgebender französischer Seite mitgeteilt wird, wird Briand nach den bisherigen Dispositionen im Hinblick auf seinen Rücktritt als Außenminister nur der Tagung der Europa-Kommission in seiner Eigenschaft als Präsident beiwohnen, jedoch an den gegen Verhandlungen des Rates über das deutsch-österreichische Zollabkommen nicht mehr teilnehmen. Frankreich wird im Rat vielmehr durch Poncet vertreten sein, dessen enge Beziehungen zu der französischen Schwerindustrie bekannt sind.

Poncet hat auch an der Ausarbeitung der neuen französischen Pläne, besonders der Agrarfrage, entscheidend mitgewirkt.

Briands Eröffnungsrede

Die dritte Tagung der Europa-Kommission ist durch den Präsidenten Briand eröffnet worden. Briand verlas eine schickliche festliche Eröffnungsrede, in der er die Größe der Gefahren und den drohenden Charakter der heutigen Weltwirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft untertrieb und die Notwendigkeit sofortiger praktischer Maßnahmen hervorhob. Sämtliche europäischen Staaten seien durch die Krise unmittelbar bedroht. Der heutige Zustand Europas bedürfe eingehender Prüfung. Die Europa-Kommission habe jetzt praktisch Maßnahmen zur Rettung zu fassen. Briand berichtete jedoch über die zahlreichen Ausschußbesprechungen der Europa-Kommission in Paris und Genf und ging hierbei auf die Regelung der Agrarfragen und die Notwendigkeit der Abschaffung für die landwirtschaftlichen Staaten Südwesteuropas sowie auf die Vorschläge für die Schaffung einer internationalen Hypothekeneinrichtung ein.

Die Kommission werde sich nunmehr auf Grund des Vortrages von Dr. Curtius mit der zentralen Frage der Orientierung der europäischen Zollpolitik und mit dem heutigen europäischen Wirtschaftssystem zu befassen haben. Briand forderte eine freimitige und ungeschwehrt Anstrengung über diese Fragen und kündete an, daß hierbei

fürklichen Regierungen Belegenheit gegeben würde, ihre Standpunkte zu den aktuellen Fragen offen darzulegen.

Zum Schluß hob Briand den Zusammenhang zwischen der Europa-Kommission und dem Völkerverbund hervor und verlangte, daß der Rat richtiggehend auf die Arbeiten der Europa-Kommission einzuwirken habe. Briands Rede, die mit dem üblichen höflichen Beifall aufgenommen wurde, brachte im großen Maße neue Gesichtspunkte und war farblos gehalten, jedoch viel allgemein die starke Unterbrechung des deutschen Vortrages auf Erörterung der heutigen europäischen Zollpolitik auf.

Vertrauensfundgebung für Briand

Im Namen der Ausschußmitglieder gab Henderson des Hoffnung Ausdruck, daß Briand auch weiterhin Leiter der französischen Außenpolitik bleiben möge.

Briand ist nicht nur ein großer französischer, sondern darüber hinaus ein großer internationaler Staatsmann, der sich die größten Verdienste um den Frieden und die Zusammenarbeit der Völker erworben habe. Henderson betonte, es liege ihm fern, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Frankreichs einzumischen. Jedoch besitze Briand heute ohne Zweifel das allergrößte Vertrauen, wenn auch seine Stellung heute nicht die gleiche sei wie vor weniger Tagen.

Im Interesse des Völkerverbundes und der Europa-Kommission sei dringend zu wünschen, daß Briand weiter auf dem entscheidenden Posten des Leiters der französischen Außenpolitik bleiben werde. Briand dankte mit dem eigenen Rathos für das Vertrauensvotum, das dem Ausschusse nicht von allen Mitgliedern der Kommission in gleicher Weise geteilt würde. Unabhängig von allen Schwankungen und Zwischenfällen des öffentlichen Lebens werde er weiter im Sinne des Friedens wirken. Der Völkerverbund und die Europa-Kommission seien Organe des Friedens. Frankreich würde mitarbeiten an dem Friedensgedanken. Er würde, ob er nun der Leiter der französischen Außenpolitik bleibt oder als alternder Bürger mit dem Stabe in der Hand sein Leben weiter wandeln werde, sich immer mit allen Kräften für den Gedanken des Friedens einsetzen.

Diese höchstwillig unvorbereitete Vertrauensfundgebung für Briand wird allgemein dahin gedeutet, daß Henderson damit die durch die letzte Präsidentenkonferenz in Frankreich statt geschwächte Stellung Briands festigen und die Aussichten für die Wiederernennung des Außenministerpostens durch Briand habe härten wollen.

Danzig eingeladen

Die Europa-Kommission hat auf Antrag des polnischen Außenministers ohne Ausdrucks beschließen, die Freie Stadt Danzig in gleicher Weise wie Sowjetrußland, die Türkei und Island zu den wirtschaftspolitischen Verhandlungen der Kommission hinzuzuziehen. Danzig wird aufgefordert werden, schon an dem Sonnabend beginnenden wirtschaftspolitischen Verhandlung der Europa-Kommission teilzunehmen.

Der Ausschuß nahm jedoch ohne Ausdrucks den Bericht des Bundesrates Motza über die Organisation und Arbeitsmethode der Europa-Kommission an, die endgültig auf der Völkerverbundstagung des Völkerverbundes im September bestätigt werden soll.

Landwirtschaftliche Einheitssteuer für 31

Ein Erlaß des Reichsfinanzministers.

Berlin, 16. Mai. Der Reichsminister der Finanzen hat die landwirtschaftliche Einheitssteuer bereits für das Rechnungsjahr 1931 in Kraft gesetzt. Infolgedessen sind Pflüchsig, die zuletzt mit Reineinkünften aus landwirtschaftlichem, forstwirtschaftlichem und gärtnerischem Vermögen von nicht mehr als 6000 Reichsmark veranlagt worden sind, und die Einkünfte anderer Art nicht oder im Betrage von weniger als 1000 Reichsmark bezogen haben, von den Einkommensveroraussetzungen erstmals am 15. Mai 1931 befreit.

Steuerpflichtigen, bei denen die landwirtschaftlichen Reineinkünfte anderer Art 1000 Reichsmark oder mehr betragen haben, wird der auf die ersten 6000 Reichsmark des landwirtschaftlichen Einkommens entfallende Teilbetrag der Vorauszahlungen nach näherer Mitteilung des Finanzamtes getundet. Pflüchsig, denen eine Mitteilung bis zum 8. Juni 1931 nicht zugegangen ist, haben die Vorauszahlungen in der bisherigen Höhe bis 15. Juni 1931 zu leisten.

In dem Erlaß des Reichsfinanzministers heißt es weiter:

„Sagte ich nicht, daß das Opernhaus in der Nähe des Schlosses liegt?“

„Allerdings, das sollte du auch noch sehen. Aber ich denke, wir haben dann vorläufig genug und werden uns erst einmal zu einem gemüthlichen Kaffeeständchen bei Krampner niederlassen.“

„Mit vieler Mühe gelang es den beiden Damen, noch zwei Plätze auf der kleinen Terrasse der berühmten Konditorei zu erlangen.“

Maria ließ sich aufatmen nieder. Ihr schwand die von dem aufregenden Leben und Treiben rings umher. Mit Beforgnis sah sie auf das lebensgefährliche Gedränge der Menschen, die sich im gleichgültigen Flusse langsam vorwärtsbewegten, die Friedlichstöße entlang bewegten.

Sie dagegen schien ganz in ihrem Element zu sein. Ihr dünkte dieser Verkehrsraum eine langentbehrte süße Luft. Sie beneidete alle Menschen, die sich täglich in diesem halten, jagenden Gedränge bewegen durften. Ihre Augen leuchteten und auf ihren Wangen brannten ein paar feinerrote Flecke. Sie schwagte unaufhörlich und machte Maria, die ihren liebhaften Anzügen kann zu folgen ohne andere Gefahr befürchte, auf einen Augenblick aufmerksam, unbekümmert darum, daß sie die an den Nebenbühnen Eigenben erkannt arabem.

„Ach, wer doch dabei sein könnte.“ flüsterte sie. Ein paar Tränen des Jarnes liegen in ihre Augen.

„Es wird ja wieder einmal anders werden, liebe Me.“ tröstete Maria die aufgeregte junge Frau.

„Für mich nicht.“ versicherte sie. „Denk dir denn, ich glaube daran, was mir der Geheimrat heute vorezählt hat? Es ist ja zu dumm, daß ich überhaupt zu ihm hingehöre. Das Ganze ist ja weiter nichts als eine alberne Komödie; er glaubt selbst nicht daran, was er sagt, und ich — ich recht nicht.“

Maria dachte an den Brief in ihrer Tasche und schwieg bedrückt. Maria sollte sie auch auf diese lebensgefährlichen Klagen erwidern.

(Fortsetzung folgt.)

UNSICHTBARE FESSELN

Roman von Jos. Schade-Hädicke.

99. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie stand mit dem Rücken dem Zimmer zugewandt, und diesen Augenblick benutzte der Geheimrat, um Maria einen Brief zu übergeben, während er gleichzeitig, mit einem Blick auf sie, den Finger auf den Mund legte. Der Brief war an die Adresse des Landrats gerichtet.

Maria verstand den Arzt und sah ihn verlorst an. Stand es denn wirklich mit sie so schlimm, daß man ihr nicht die Wahrheit sagen durfte? Er erwiderte ihren Blick mit einem wachsenden Abscheuen. Sie hatte eben noch Zeit, den Brief mit zitternden Händen in ihrer Tasche zu bergen, als sie sich umwandte.

Der Geheimrat gab sie einige Rezipie, wiederholte seine Anordnungen und dann verabschiedete sie sich, Maria mit einer kurzen, förmlichen Verbeugung, wie mit freundschaftlichem Gähndrud und munteren Entwürfen.

„Woher gehen wir nun?“ fragte sie, aber es lag draußen Befanden.

„Ich denke, du wolltest mir heute nachmittag das Waisenhaus von Westheim zeigen?“

„Ich habe mir das anders überlegt, da wollen wir lieber morgen vormittag hin.“ entgegnete sie etwas verlegen.

„Wie du willst. Wie wäre es denn, wenn wir uns jetzt einen Wagen mähmen und ein wenig durch die Stadt fahren würden?“

„Aber natürlich, daß ich daran nicht gleich gedacht habe. So kann ich dir doch wenigstens einen Lebensbild über die Sehenswürdigkeiten, die Berlin an öffentlichen Gebäuden und begreifen hat, geben.“

„So mal, halt du eigentlich zu dem Geheimrat ein ganz besonderes Vertrauen, daß du extra nach Berlin fährst, um

ihn zu konjunkturen?“ fragte Maria, nachdem sie eine Weile geschwiegen waren.

„Wie läst.“ „Gott, nein. Als wir noch in Berlin wohnten, wachte ich ihn, weil er gerade in der Mode war und ein angenehmer, lebenswürdiger Mensch ist. Nun behalte ich ihn bei, weil ich dadurch Gelegenheit finde, ab und zu einen kleinen Abscheu nach Berlin zu machen. Weist du übrigens, was man von ihm oder vielmehr von seiner Frau erzählt?“

„Kun?“

„Sie soll Hofdame an einem kleinen hiddenschen Hofe gewesen sein und hatte, obwohl sie vorher nie verheiratet war, eine hübschliche, halbwachsene Tochter, als der Geheimrat — der, nebenbei bemerkt viel jünger ist als sie — sie geheiratet hat. Ihre Tochter führte den Titel einer Baronelle, und es wird in der Gesellschaft von einem künftigen Vater gemaunet. Auffallend ist übrigens, daß die Dame nie mit ihrem Manne, selten allein — und dann immer tief verschleiert — hinaus in den Vergleich zwischen ihm und Werner. Es lieten ihr manche Neidlichkeit im Charakter der beiden zu liegen. Dr Werner wohl auch seinen ehrliden Namen hergeben würde, um den Schritt anderer zuzudecken, wenn er dadurch äußere Vorteile erzielen könnte? Nein, das trante sie ihm nicht zu, wenn er auch sonst, nach seinem eigenen Ausdruck, über Weihen ging, um zu seinem Ziel zu gelangen.“

Sie trüblete trotz des warmen Sonnenscheins. Dann aber schickte sie den Gedanken von sich ab.

„Dort wohnt liegt der Dom.“ sagte sie. Mit der ausgestreckten Hand wies sie nach der anderen Seite hinüber.

Bei einem Gesamteinkommen von mehr als 12 000 Reichsmark ist die Einkommensteuer um 10 p. h. der landwirtschaftlichen Einkünfte, höchstens aber um 600 Reichsmark jährlich zu kürzen. Zu den Einkünften aus landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben im Sinne der vorstehenden Bestimmungen gehören außer den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft Einkünfte aus der Verpachtung von landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben.
An den Zuschlägen zur Einkommensteuer ändert sich durch diesen Erlass nichts; denn die Zuschläge sind eine nachträgliche Erhöhung der für den Steuerabschnitt 1929/30 oder 1930 veranlagten Einkommensteuer. Für das Wirtschaftsjahr 1930/31 findet eine Herabveranlagung der Landwirtschaft nicht mehr statt; vielmehr gilt die Einkommensteuer für die nicht zu veranlagenden ersten 6000 Reichsmark der landwirtschaftlichen Einkünfte als abgegrenzt.

Städtefinanzen und Reparationsfragen.

Das Recht auf menschenwürdiges Leben.

Braunschweig, 17. Mai.
Auf dem Braunschweigischen Städtetag sprach der Geschäftsführende Vizepräsident des Reichsstadtkollegiums, Dr. Voigt, über die Wohnfrage. Er betonte das Problem der Reichs- und Gemeindefinanzen. Der Redner gab ein Bild der Entwicklung der gemeindlichen Finanzen. Die Gemeinden werden für 1931 mit einem Fehlbetrag von 500 Millionen RM zu rechnen haben. Damit wird Ende des Jahres 1931, der Gesamtschuldbetrag der Gemeinden über eine Milliarde RM betragen. Selbst wenn eine finanzielle Entlastung der Gemeinden eintreten sollte, hätten sie noch immer die schwere Last der Verzinsung und Tilgung dieser Restsumme.

Für erforderlich gehalten wird vor allem die Zusammenlegung der Arbeitslosenfrage und der gemeindlichen Wohnfrage sowie die Förderung zur einer einheitlichen Wohnfrage.

Sollen die Ausgaben dieser Förderung nicht übermäßig answachen ist eine Ausdehnung der Durchführung von Pflicht- und Fürsorgerbeiten anzustreben, die nicht auf die Gemeinden beschränkt bleiben dürfen, sondern grundsätzlich auf alle öffentlichen Betriebe, vor allem Reichsbahn und Reichspost, auszuweiten sind. Dr. Voigt erklärte, daß mehr als das Reich noch die Länder und Gemeinden imstande sind, ihre laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen zu decken.

Angesichts dieser Tatsache kann die Rechnung nicht aufgehen, wie auch immer diese durch zur Aufbringung der Arbeitslosenlasten zusammengekauft werden mögen. Das moralische Recht aller Volksgenossen auf ein Leben unter menschenwürdigen Bedingungen, zu denen vornehmlich die Arbeit zu rechnen ist, läßt sich nur verwirklichen, wenn der Staat unserer Reparationslasten weitestgehend teilhaftig wird. Die Durchführung dieser Ziele bleibt daher die wichtigste Aufgabe des Reiches.

Der Export im April.

126 Millionen RM. Ausfuhrüberschuß.

Berlin, 17. Mai.
Die deutsche Außenhandelsbilanz für April ergibt einen tatsächlichen Ausfuhrüberschuß von 126 Millionen RM. Gegenüber 218 Millionen RM. im März einschließlich der Reparationsleistungen.

Die Einfuhr im April betrug nach Ausgleich der Lagerabnahmen 654 Millionen RM. Da von dem ausgehenden 679 Millionen RM. 25 Millionen RM. als Verlebensaufschlag der Vierzehnjahresabrechnung abzuziehen sind. Gegenüber der tatsächlichen Einfuhr im März ergibt sich somit eine Einfuhrsumme um 70 Millionen RM. Die ganz überwiegend auf den Bezug von Rohstoffen und halbfabrikaten Waren entfällt.

Die Ausfuhr lief sich im April auf 780 (März 822) Millionen RM. ferner noch im April Reparationsleistungen im Werte von 38 (März 45) Millionen RM. ausgeführt worden.

Deutsche Tageschau.

Englandreise Brüning's und Curtius'.

Das Programm für die England-Reise des Reichsstaters und des Reichsaußenministers steht nunmehr fest. Die Herren werden in Begleitung des Referenten für England, von Plessen, und des Oberregierungsrats Pfand am Abend des 3. Juni Berlin verlassen. Die Abreise von London erfolgt am Nachmittag des 5. Juni, wo am Abend zu Ehren der deutschen Gäste ein Empfang im Foreign Office stattfindet. Am Sonntag, den 6. Juni, nachmittags, werden die Herren zur Ausreise nach Chequers fahren, von wo sie am Nachmittag des 7. Juni nach London zurückkehren. Am Montag des 8. Juni werden die deutschen Herren von König George empfangen werden. Die Rückreise nach Deutschland wird noch am selben Abend oder am 9. Juni fest angetreten werden.

Aufhebung der preussischen Geländehaft in München.
Die Aufhebung der preussischen Geländehaft in München wird nun zur Tatsache, nachdem in dieser Woche die endgültige Entscheidung gefallen ist. Der preussische Bevollmächtigte, Minister Dr. Dem, wird einen mehrtägigen Urlaub antreten. Die im Geländehaftgebäude untergebracht Schach-Galerie, die dem preussischen Etat gehört, wird weiterhin in München bleiben.

Ein Deutschenfeind entlassen.

Die Vereinigung der Studierenden an der Berliner Tierärztlichen Hochschule hatte eine Protestfundierte gegen den seit dem 1. Mai an dem Institut für Bakteriologie angestellten tierärztlichen Assistenten Dr. Kurt Döhig einberufen. Dem Deutschenfeindlichen und Rassenfeindlichen vorzuziehen wird. Dem gegen Dr. Döhig vorgebrachte Material ist zu bezeugen, daß der preussische Landwirtschaftsminister sich zu der Mitteilung veranlaßt sieht, daß Dr. Döhig wegen seiner außerordentlichen deutschenfeindlichen Betätigungen, die erst jetzt bekannt geworden sei, entlassen werden wird.

Zuflüchtling der innerpolitischen Lage in Vesterreid.

Der Entschluß der Regierung, der Kreditantrag in ausgiebiger Weise zu Hilfe zu kommen, hat zwar die österreichische Wirtschaft aus einer Katastrophe bewahrt, die innerpolitische Lage jedoch wesentlich verschlechtert. Die Tatsache, daß es notwendig ist, noch finanziellen zu der Kreditantrag nicht nur für 99 Millionen Schilling zur Erneuerung neuer Aktien aufzubringen, sondern auch den Anstalten über 41 Millionen Schilling zur Deckung des Defizites statt zu spenden, hat jetzt in den Verhandlungen alle Hindernisse zu überwinden, daß eine frühe Zuflüchtling der innerpolitischen Lage im Laufe der nächsten Woche im Besatz der Reichsregierung liegt.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemmer, den 18. Mai 1931

* Die Einführung des Bürgermeisters Diege in Goldberg (Schlesien) findet Mittwoch, den 20. Mai, um 17 Uhr, durch den Regierungspräsidenten statt.

* **Wasser nicht auf Bananen trinten!** Einer in der Gartenstadt Dohelade bei Dessau wohnenden Familie ist jetzt ein 16jähriger Sohn, Schüler einer höheren Lehranstalt, durch einen jähren Tod enttritten worden. Der junge Mann hatte Bananen gegessen und unvorsichtigerweise kurz danach Wasser getrunken. Alsobald stellten sich schwere Verdauungsstörungen ein, die trotz einer im Krankenhaus vorgenommenen Operation zum Tode führten.

* **Zahlung erfolgt in den nächsten Tagen.** Die Verwirrung der Zahlungsfragen gibt Veranlassung, erneut die Frage anzunehmen, wie lange sich ein Gläubiger auf Grund des Verpreisens, Zahlung erfolgt in den nächsten Tagen zu gebulden braucht. Das Reichsgericht hat in einer schon vor längerer Zeit gefällten grundsätzlichen Entscheidung (Abt. 18: 205/28) die Klausel „Zahlung erfolgt in den nächsten Tagen“ dahin erläutert, daß darunter nach dem Sprachgebrauch und der Verkehrssitte eine Frist von drei Tagen als Höchstfrist zur Zahlung des Schuldbetrages zu verstehen ist. Diese Fristbemessung stehe in jeder Weise mit den Grundfragen von Treu und Glauben im Einklang.

* **Wiedereröffnung aller ehem. 12. Quartiers in Halle an der Saale.** Am 13., 14. und 15. Juni ds. Js. treffen sich alle ehemaligen Angehörigen des 12. Quartiers des Jägerregiments Nr. 12 und seiner Kriegserformationen aus allen Teilen Deutschlands in Halle an der Saale. An diesen Tagen feiert der Verein Halle sein 50jähriges Bestehen mit gleichzeitiger Weihe einer neuen Vereinsstatute. Das Offizierskorps des ehemals so stolzen Regiments hat aus diesem Anlaß sein alljährliches Zusammenreffen ebenfalls für diese Tage nach Halle gelegt. Das Fest findet in sämtlichen Räumen des Stadtschützenhauses, Frankstr. 1, statt und beginnt am Sonnabend, den 13. Juni, um 8 Uhr abends mit einem Kommers. Mit der Beichtigung des lieblichen Saaloteles und sonstiger Sehenswürdigkeiten nimmt das Fest am Montag, den 15. Juni, sein Ende. Auskunft erteilt: M. Schlegel, Halle (Saale), Gottesackerstr. 12.

* **Sarrasani-Gastspiel in Bittenberg verlegt!** Mehr denn ein Jahr liegen feste Auslandsverpflichtungen Sarrasani zurück, die er immer wieder hinausföhrt, um die „Schönste Schau zweier Welten“ noch einmal seinen deutschen Vaterlande zu zeigen, die heute seine 39jährige Lebensarbeit fröhnt als das gelungene Meisterwerk des genialsten Circusmannes aller Zeiten. Nun aber will das Ausland nicht länger mehr warten, immer ungeduldiger geworden durch die unerhörten Erfolge, die Sarrasani Namen tagtäglich von neuem weit hinausgetragen über die Grenze seiner Heimat. So mußte sich Sarrasani schweren Herzens zu einer vollständigen Verlegung seiner Reisepläne verstehen, die es mit sich bringen, daß das Bittenberger Jubiläum-Gastspiel nicht schon am 1. Juni sondern erst in der Zeit vom 3.—5. Juni stattfinden wird, sobald auch eine Verlegung der vorgeesehenen Spielbühnen eintreten mußte. Auf direktem Wege nach Berlin werden wir Sarrasani — als eine der letzten deutschen Städte! — zu sehen bekommen, wir werden aber auch, das sei allen anerkennenden Bewunderern nicht entgegengehalten, den ganzen, großen, ungeteilten und unteilbaren Sarrasani sehen! Wir werden den Einzug der 259 Akrobaten erleben, als erste sinnfällige Demonstration einer technischen Meisterleistung, einzig dastehend in der ganzen Welt. Wir werden die Zeltstadt der Zehntausend erleben sehen, die im Wärgenglanz von dreihunderttausend Glühbirnen hinausstrahlt in die Nacht als ein phantastisch amplitudes Bild, erinnert an die Prachtverwendung orientalischer Wunderkünstler. Ein Kongreß aller Völker der Erde wird aufmarschieren unter den schmetternen Klängen der hundert Sarrasani-Fanfaren, die die irdische Weltwelt aus allen Zonen der Welt wird sich mit ihnen vereinen zu jenen einzigartigen Massenschauspielen, die Sarrasani Namen zu einem leuchtenden Vorbild machen für alle Zeiten. — zu einem Original, an dessen vorzüglichen Kopien hunderte von Mitbüßern glücklich hinstarren. Nicht Bittenberg allein soll aber teilhaben können an diesem Ereignis des Sarrasani-Jubiläum-Gastspieles! Ausgedehnte Verkehrsverbindungen nach dem ganzen Hinterlande sind in der Schaffung begriffen, reichend bis in die entlegensten Flecken, die sich bestimmen nicht die Gelegenheit entgegen lassen werden, den Großen Sarrasani! noch einmal zu sehen, der sich auf lange Jahre wahrhaftig nach Deutschland verabschiedet. Zumal der Spielverführung wegen sei bringen geraten, sich rechtzeitig mit Einzelfarten zu versehen. Man achte auf alle kommenden Sarrasani-Beröffentlichungen, die von größter Wichtigkeit sind und alles nähere enthalten über Sonderzüge und Sonderkutsche, Vorverkauf usw. — Jedwede Verlängerung des Gastspieles ist, darauf weist Sarrasani mit allem Nachdruck hin, über den heute bekannt gegebenen Termin hinaus gänzlich ausgeschlossen.

Reiden. Bequämlich von wunderbarem Wetter konnte der Militär-Veren Reuber gefiern sein 25jähriges Jubiläum feiern, das sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Wir berichten in der nächsten Nummer ausführlich.

Pratau, 16. Mai. (Vorfahrt vor einer Schwindlerin.) Am Freitag, kam nach Pratau eine Frau, die etwa 30 Jahre alt sein konnte. Sie suchte ältere Frauen auf und erkundigte sich bei ihnen über die Familienverhältnisse einer Witwe und suchte diese dann auf. Sie hatte ein sehr sicheres Auftreten und wurde schließlich von der Frau mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Als die Gastgeberin einen Augenblick das Zimmer verließ, hielt die Fremde 750 RM und ging dann in Richtung Wittenberg davon. Die Person ist 1,58 groß, nicht gut genährt, trägt gefaltetes Haar, blaue Brillengläser, rote Nase und dunklen Hut. Sie nannte sich Klöke. Wer über diese Person Auskunft geben kann, wolle dies dem Landjägereiamt in Pratau oder der Polizeibehörde melden.

— Berufsausbildung der Kriegerveihen gelindert. Die am 2. April vom Reichsarbeitsminister verhängte Sperre über alle den Kriegsbefähigten und Kriegsverweigernden in Form von Beihilfen, Zulagen und Unterhaltungen zu bewilligenden Bezüge hatte sich wegen des Fortfalls der Erziehungsbeihilfe und ähnlicher Bezüge ganz besonders hart und föhrend auf die Berufsausbildung der Kriegerveihen und der Kinder Kriegsbefähigter ausgewirkt und daher große Beunruhigung hervorgerufen. Nunmehr ist die Sperre rückwirkend vom 1. April ds. Js. insoweit aufgehoben worden, als die Erziehungsbeihilfen wie auch die Kinderzulagen über das 18. Lebensjahr hinaus und die bisherigen Voraussetzungen unbeschränkt weiter bewilligt werden können.

Bitterfeld. In einer Verammlung des Kreislandtagsbundes hielt der Reichstagsabgeordnete Dr. Gereke einen Vortrag, in dem er die Not der Landwirtschaft schilderte. Die Wirtschaftsdpression habe einen so hohen Grad erreicht, daß man sich sagen müsse, es könne so nicht weitergehen. Eine Anwendung des Zwollermächtigungsgesetzes durch die Regierung ist wohl möglich. Es müßte aber dafür gesorgt werden, daß nicht etwa die Preise für die Kommoditäten allzu stark in die Höhe gehen. Auf die Frage der Sozialgesetzgebung übergehend, erklärte der Redner, daß gesetzlich werden müßte, die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung nicht mehr auf ein Jahr, sondern noch nach genauerer Prüfung der Bedürftigkeit vorzunehmen.

Lebhafter Beifall dankte Dr. Gereke für seine Ausführungen.

Der Oberpräsident an Oberbürgermeister Beims.

Magdeburg. Aus Anlaß des Ausschlebens von Oberbürgermeister Beims aus der Magdeburger Stadtwahlverwaltung hat der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Dr. F. a. d., einen Brief an Oberbürgermeister Beims geschrieben, in dem er das Wirken des Oberbürgermeisters eingehend würdigt.

Die Brandstiftungsleude in Hundsbürg.

Alle acht Tage ein Brand.

Hundsbürg (Kr. Neuhaldensleben). In der letzten Zeit haben mehrere Brände die Bevölkerung in große Zerküpfung versetzt. Man ist hier davon überzeugt, daß ein Verbrechen sein Unwesen treibt. Vor acht Tagen brannten das ganze Wohnhaus, eine Scheune und die Stallungen des Landwirts Hausmann nieder. Kurz darauf zündeten die Flammen aus der Scheune des Landwirts Christian Schulze. In diesem Fall gelang es der Neuhaldenslebener Feuerwehr, das Verbrechen zu retten. Beobachtet wurde dabei, daß aus der Menge der Aufbrücker, Auf Wiederleben in acht Tagen! Und tatsächlich, nach acht Tagen brannte die Scheune des Landwirts und Gemeindevorsteher's Heberlein, wie schon gemeldet, nieder. Die Kriminalpolizei ist mit der Aufklärung der Angelegenheit beschäftigt, um dem Dorf wieder Ruhe und Sicherheit zu schaffen.
In diesem erinnern die Brandstiftungen an die von Domersleben, die eine solche Unruhe erzeugten, daß das Dorf wochenlang Tag und Nacht Patrouillen gänge organisierte.

Notstand eines englischen Sportflugges.

Hörsfelde. Freitag nachmittag gegen 2 Uhr 45 mußte ein Sportflugzeug des englischen Royal Aero-Clubs das Land bei Hörsfelde in der Gegend nach Berlin besand, bei Großhörn niederkommen. Bei der Notlandung auf dem kumpigen Dränungsgraben überführte sich der Doppeldecker und wurde in erheblicher Weise beschädigt. Die beiden Passagen kamen mit geringen Hautabwundungen davon.

Tragedie um eine Flasche Wein.

Bad Kösen. Ein Schmiedemeister entdeckte bei seinem Lehrling eine leere Weinsflasche und versuchte zu ermitteln, ob der Wein seinem Vorrat entnommen sei. Der Lehrling wollte die Flasche gelassen erhalten haben und bejodelte den Gelehr, zu dem sich dann auch der Meister begab, um die Ursache des Zerbruchs aus ihrer Wahrheit hind zu prüfen. Während der Abwesenheit des Lehrherrs schoß sich der Lehrling eine Kugel in den Kopf. Er wurde schwerer verletzt dem Krankenhaus zugeführt.

Verfahren gegen Landtagsabgeordneten Siedermann.

Dresden. Das Chemnitzer Schöffengericht hat an den Landtag eine Eingabe gerichtet, in der erlucht wird, die zwangsweise Vorführung des Abg. Siedermann (Nomin.) zu gestatten. Siedermann hatte für ein Flugblatt das in der Tat geschrieben, in dem aufgefordert wurde, den Durchzug vaterländischer Verbände durch die Straßstraße in Chemnitz zu verhindern. Es war damals zu schweren Zusammenstößen gekommen, bei denen der Nationalsozialist Güntherer erschossen worden war. Siedermann sollte sich vor dem Chemnitzer Schöffengericht verantworten, was nicht erfolgte.

Nach keine Entlohnung des sächsischen Arbeitsmarkts.

Leipzig. Im Bezirk des Arbeitsamts Leipzig wurden am 1. Mai 93 613 Arbeitslose gezählt. Gegenüber dem 15. April hat die Zahl nur um 303 oder 0,3 Prozent abgenommen. In der gleichen Zeit war in Sachsen eine Abnahme von 3 Prozent und im Reich eine Abnahme um 5,3 Prozent zu verzeichnen. In diesen Zahlen kommt zum Ausdruck, daß die Großlandwirtschaft in Sachsen und besonders im industriellen Bezirk des Arbeitsamts Leipzig nicht die Rolle spielt wie im übrigen Reich.

Abermals Preiserhöhung in Leipzig.

Leipzig. Der Brotpreis wurde von dem Leipziger Brotfabrikanten und Bäckeramt am Sonntag um 1 Pf. auf 19 Pf. je Pfund erhöht. Der Brotpreis für Füllorgespänder, der nach den kirchlichen Abmachungen jeweils 2 Pf. unter dem Tagespreis liegen soll, steigt dadurch von 16 auf 17 Pf. Die Bemühungen beim Reichsernährungsministerium um Zulassung verbleibenden Roggens, um die Brotpreiserhöhung zu vermeiden, sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Amtssetzung der kommunalpolitischen Bürgervereine.

Weimar. Am 22. Oktober vorigen Jahres waren die Bürgervereine der Städte Weimar, Apolda, Gera, Schwarzburg bei Gotha) von Staatsminister Dr. Fritsch zur ihrer Zugehörigkeit zur kommunalpolitischen Partei ihrer Vermer eingetriben worden. Jetzt hat die Disziplinartrossammer des Landgerichts Weimar die Dienstleistungen befristet und den ehemaligen Bürgervereine Fernstein und alle sonstigen Anträge abgelehnt. Die Bürgervereine der Städte Weimar, Apolda, Gera, Schwarzburg bei Gotha) von Staatsminister Dr. Fritsch zur ihrer Zugehörigkeit zur kommunalpolitischen Partei ihrer Vermer eingetriben worden. Jetzt hat die Disziplinartrossammer des Landgerichts Weimar die Dienstleistungen befristet und den ehemaligen Bürgervereine Fernstein und alle sonstigen Anträge abgelehnt. Die Bürgervereine der Städte Weimar, Apolda, Gera, Schwarzburg bei Gotha) von Staatsminister Dr. Fritsch zur ihrer Zugehörigkeit zur kommunalpolitischen Partei ihrer Vermer eingetriben worden. Jetzt hat die Disziplinartrossammer des Landgerichts Weimar die Dienstleistungen befristet und den ehemaligen Bürgervereine Fernstein und alle sonstigen Anträge abgelehnt. Die Bürgervereine der Städte Weimar, Apolda, Gera, Schwarzburg bei Gotha) von Staatsminister Dr. Fritsch zur ihrer Zugehörigkeit zur kommunalpolitischen Partei ihrer Vermer eingetriben worden. Jetzt hat die Disziplinartrossammer des Landgerichts Weimar die Dienstleistungen befristet und den ehemaligen Bürgervereine Fernstein und alle sonstigen Anträge abgelehnt.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Sandmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsbehinderung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Petitseite oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher ausgearbeiteter Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— Mk. das Ausland, zusätzlich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 59

Dienstag, den 19. Mai 1931

33. Jahrg.

Die Badeanstalt

ist täglich von 10—12 und 14—21 Uhr geöffnet. Es werden Jahres- und Tageskarten ausgegeben. Die Gebühren betragen:

	a) Jahreskarten:	b) Tageskarten:
für Erwachsene	3.— RM.	0,20 RM.
für Geheute	5.— RM.	
für Erwerbslose, Lehr- linge und Kinder	1,50 RM.	0,10 RM.

Für die Benutzung des Rahnes sind zu entrichten: bei 1 Person 30 Pfg., bei 2 Personen 40 Pfg., bei 3 Personen 60 Pfg. je Stunde.

Als Bademeister ist Herr Max Durach bestellt worden.

Nur unter seiner Aufsicht ist das Baden und Gombeln gestattet. Verboten ist das Betreten der anliegenden Grundstücke. Wer die Ordnungsvorschriften oder die Anordnungen des Bademeisters nicht befolgt, hat Ausschließung vom Baden und Verhaftung zu gewärtigen. Badearten gibt Herr Durach ab. **Jahreskarten** können auch in der Stadtschreiberei gelöst werden.

Remberg, den 18. Mai 1931.

Der Magistrat.

65

Danzerschiff „Erlag Preußen“

Am 19. Mai läuft in Anwesenheit des Reichspräsidenten das diehmilitärische Danzerschiff „Erlag Preußen“ auf den Deutschen Werften in Kiel vom Stapel. Ueber diesen neuesten Kriegsschiffbau ist sowohl in der deutschen und fast mehr noch in der fremdsprachigen Presse viel geschrieben worden. Wir teilen von einem Wanderer der Schiffe, einem epochenmachenden Schiff, einem Schlachtschiff der Zukunft bei den einen und hören von den anderen, daß es nur ein Weltentlastungsschiff ohne Gegner und eigentlich überflüssig sei. Bei Beurteilung des Wertes von „Erlag Preußen“ ist es erforderlich, der übertriebenen Beurteilung mancher Auslandsstimmen kritisch gegenüberzutreten. Man merkt den nur allzu durchsichtigen Zweck eigener Klüftungsverhinderung.

Wie steht es nun in Wirklichkeit um das Schiff, welche besondere militärischen und technischen Eigenschaften rechtfertigen die ungewöhnliche Beachtung, die das Danzerschiff im In- und Ausland gefunden hat? Jedes Kriegsschiff ist ein Kompromiß aus den Gewichtsanteilen, die für Armierung, Geschwindigkeit, Fahrtriede, Panzerstich und den eigentlichen Schiffskörper verwendet werden.

Das Panzerschiff hat eine Länge von 180 Metern bei einer größten Breite von 20 Metern. Die Seitenhöhe vom Kiel bis zum Aufbaudek beträgt 12,4 Meter, der Tiefgang 5,8 Meter. Das Unterwasserprofil ist verhältnismäßig flach konstruiert. Der geringe Tiefgang ermöglicht es dem Schiff, im Gegensatz zu Großkampfschiffen, auch flache Gewässer, wie sie an unseren Küsten im allgemeinen vorhanden sind, aufzusuchen, sei es um diese Gewässer im Kampf teilweise auszunutzen oder den Angriffen von U-Booten auszuweichen, die in flachem Wasser gar nicht oder nur unter Schwierigkeiten operieren können. Die schlanke Form ist gewählt worden, um möglichst geringe Widerstände im Bereich der normalen Geschwindigkeit zu erlangen.

Die schwere Artillerie des Schiffes besteht aus 6 28-Zentimeter-Geschützen in 2 Drillingstürmen, die vorn und achtern in der Mittelschiffslinie, aufgestellt sind. 8 15-Zentimeter-Geschütze in Gruppen zu je 2 Einzelgeschützen bilden die Mittelartillerie zur Bekämpfung leichter Strazafle. Eine große Anzahl von Luftabwehrgeschützen vervollständigen die artilleristische Armierung. Ein Vergleich mit anderen Schiffsklassen ergibt, daß „Erlag Preußen“ artilleristisch der Klasse der Vinienschiffe unterlegen, Kreuzern mit gleicher Wasserdrängung indessen erheblich überlegen ist. Gegenüber der schweren Artillerie unterer veralteten Vinienschiffe bedeutet die artilleristische Armierung von „Erlag Preußen“ einen Fortschritt. Wenn auch das Kaliber von 28 Zentimetern daselbst geblieben ist, so ist doch die Reichweite um circa 12 km gesteigert und das in der Minute zu verfeuernde Geschossgewicht fast verdreifacht. „Erlag Preußen“ erhält 6 50-Zentimeter-Überwasser-Torpedorohre in Drillingsaufstellung. Es ist offensichtlich, daß diese verhältnismäßig schwere Artillerie- und Torpedoarmerung einen großen Gewichtsanteil der Lonnage beansprucht. Dies ließ sich nur rechtfertigen, wenn es gelang, daneben ausreichende Geschwindigkeit und genügenden Schutz zu erhalten. Alles kam demnach auf Gewichtserparnis bei den Maschinen, dem Schiffskörper, den Längs- und Querverbindungen und der Ausrüstung an.

Als es gelungen war, das Einheitsgewicht von Großmotoren auf ein Sechstel gegenüber dem Gewicht gleicher Maschinen im Jahre 1918 herabzudrücken, wurde bei „Erlag Preußen“, und zwar erstmalig für den Bau eines so großen Kriegsschiffes eine reine Delmotorenanlage vorgesehen. Bei einem Gewicht von 8 Mio. B.P.S. entwidelt die aus 8 Delmotoren bestehende Anlage 50 000 B.P.S. und verleiht dem Schiff eine Geschwindigkeit von 26 Seemeilen oder 48 Kilom. in der Stunde. Je 4 Motore, paarweise an ordnet, arbeiten auf eine Welle. Bei aerinamem Gewicht

und hoher Leistungsfähigkeit gibt die Delmotorenanlage dem Schiff einen großen Aktionsradius. Er beträgt 10 000 Seemeilen bei einer Geschwindigkeit von 20 Seemeilen oder 37 Kilom. in der Stunde. Käuft das Schiff geringere Fahrt, so erhöht sich der Aktionsradius noch beträchtlich.

An Geschwindigkeit ist das Panzerschiff den Vinienschiffen anderer Mächte überlegen, den Kreuzern allerdings unterlegen. Dafür ist aber die Artillerie und der Panzerfuß erheblich stärker. Im Gegensatz zu den Washington-Kreuzern von 10 000 Tonnen, die in der Fachpresse häufig als Bleichschachteln bezeichnet worden sind, erhält „Erlag Preußen“ einen Seitenstich, der sich über die ganze Länge ausdehnt. 2 gepanzerte Decks und besonders starke Längsschotten. Der Schutz des Schiffes gegen Angriffe aus der Luft besteht neben den bereits erwähnten Flugzeugabwehrkanonen in einer verbesserten Unterraumteilung. Gegen die Ausrüstung mit zahlreichen Nebelapparaten. Gegen U-Boote ist das Schiff durch seinen geringen Tiefgang, eine verbesserte Unterraumteilung und seine hohe Wendigkeit geschützt.

Auch beim Bau des eigentlichen Schiffskörpers stand genau wie für die Wahl der Maschinenanlage die Forderung nach Gewichtserparnis im Vordergrund. Teile der Schutzbeplattung wurden als tragende Verbände ausgenutzt. An Stelle der bisher üblichen Nietung wurde die Schweißung im weitestem Maße, und zwar erstmalig beim Bau eines größeren Kriegsschiffes nach den Erfahrungen unseres Kreuzerbaues angewandt. Besonders hochwertige Materialien fanden an den Stellen Verwendung, die beim Segang und beim Salvenfeuer der Geschütze besonderer Beanspruchung ausgesetzt sind. Nach den Angaben der offiziellen Marinerechnung wurden auf die Welle 550 Tonnen allein beim geschützten Schiffskörper eingepart.

Im Januar 1930 schrieb das führende englische Fachblatt „Navy and Military Record“: „Erlag Preußen“ stellt in strategischer und taktischer Hinsicht einen Faktor dar, der unmöglich unberücksichtigt gelassen werden kann. Deutschland hat der Welt klar bewiesen, daß die gemessene Steigerung der Größe der Schlachtschiffe völlig überflüssig geworden ist und sie in keinem Verhältnis zu dem erzielten Kampfwert steht.“ Auch bei großen Seemächten besteht die Tendenz, die Lonnage des einzelnen Schiffes herabzusetzen. Deutschland hat bewiesen, daß auch geringe Lonnage einen hohen Kampfwert haben kann. Der Weg zur Herabsetzung der Kampfwert haben kann. Der Weg zur Herabsetzung der Kampfwert haben kann. Der Weg zur Herabsetzung der Kampfwert haben kann.

Die Verteidigung der Zollunion.

Curtius vor dem Europa-Ausschuß.

Genf, 17. Mai.

Die große wirtschaftspolitische Aussprache wurde im Europa-Ausschuß durch einige kurze Begriffsunterschiede eröffnet, die Briand an die zum ersten Male an der Sitzung teilnehmenden sowjetrussischen, türkischen und Danziger Abgeordneten richtete. Es stellte sich heraus, daß die Reden



über unliegen, ob und in welchem Maße der Gedanke von Zollunionen zwischen einzelnen Ländern oder Gruppen von einzelnen Ländern geeignet ist, den unbilligsten wirtschaftlichen Verhältnissen Europas abzuwehren. Zur Charakteri-

lierung der europäischen Situation führe ich noch einmal oft gehörte Zahlen an: 20 000 Kilometer neue Zollgrenzen, 13 neue Währungen, 9 neue Wirtschaftsgebiete und Zolltarife. In vieler wirtschaftlicher Hinsicht ist Europa, im wesentlichen Mittel- und Westeuropas, liegt die größte Gefahr der Zukunft. Die wirtschaftlichen Folgen daraus zeichnen sich vor unseren Augen immer klarer ab.

Fortschrittende Proletarisierung.

Die erste Folge ist unrationelle und zu teure Güterproduktion und Verteilung und der dadurch bedingte Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit. Die nächste Folge ist der Rückgang der Kapitalkraft und des Wohlstandes, Unterkonsum, Arbeitslosigkeit, Proletarisierung des Mittelstandes und Verelendung der Arbeiterschaft. Das alles führt die Gefahren sozialer Kämpfe herbei und selbst die Überzeugung, daß die europäische Wirtschaft sich nicht aufrecht erhalten lassen könnte, wenn sie so bleibt, wie sie ist. Aus dieser Lage führt nur ein Weg heraus, die fortwährende Vergrößerung der Wirtschaftsgebiete. Jedes staatliche Wirtschaftsgebiet hat die Tendenz, und zwar um so stärker, je kleiner es ist, sich zu einem wirtschaftlichen Autarkie zu entwickeln.

Wege des Erfolgs.

Die herbe Kritik, die der Vorigen der Wirtschaftsförderung, Colijn, auf der letzten Januartagung geübt hat, ist noch in unserer Erinnerung. Natürlich wäre es falsch, aus dieser negativen Erfahrungen den Schluß ziehen zu wollen, daß sich bei neuen Bemühungen nicht doch auch auf den bisher vorgeschlagenen Wegen Erfolge erzielen ließen.

Es müßten zwei Arbeitsmethoden nebeneinanderlaufen.

Die erste Methode, die unmittelbar die Regelung der Gesamtinteressen der europäischen Staaten in Angriff nimmt, ist die der multilateralen Vereinbarung. Bei der hier voraussetzenden Gleichheit der Interessen kann kaum mit gerechnet werden, daß diese anderen Staaten im Laufe der Zeit von selbst folgen. Ich darf dabei an den Werdegang des Welttelegraphenvertrages erinnern. Die zweite Methode, die ich als ein Fortschreiten vom Einzelnen zum Ganzen bezeichnen möchte, muß mit Vereinbarungen zwischen zwei Staaten oder wenigen im ganz kleinen Kreise beginnen, um so zu einem ersten Erfolg zu führen. Auch solche Vereinbarungen müssen natürlich von vornherein die Tendenz zur Verallgemeinerung in sich tragen. Zum mindesten wird an Stelle der jetzigen Vielheit von Wirtschaftsgebieten zunächst einmal eine kleinere Zahl von größeren wirtschaftlichen Gruppen treten. Dieser Plan bilateraler oder regionaler Vereinbarungen zur Abhilfe der vorhandenen wirtschaftlichen Lebensverhältnisse Europas führt zumeist zu Zollunionen. An sich könnte man daran denken, daß auch hier vielleicht Zwischenstufen möglich wären. So steht ja z. B. der Gedanke der Zollpräferenz für südeuropäische Gebiete zur Debatte, und Deutschland selbst hat diesen Gedanken sympathisch aufgenommen.

Das Recht zur Zollunion.

Die Verallgemeinerung der Präferenzidee, sie zum System zu erheben, würde das System der Meistbegünstigung zerstören, das zwar ausnahmsweise vertriebt, das aber aufrecht zu erhalten auch Deutschland das lebhafteste Interesse hat.

Der Gedanke regionaler Verständigung, der Gedanke der Zollunion hat in den letzten Jahren wachsende Bedeutung erlangt. Ich darf auf die Bemühungen Englands und Belgiens, Südlawiens und Rumaniens verweisen, zu Zollunionen zu gelangen. Im Rahmen der früheren Donau-Monarchie ist immer von neuem davon die Rede gewesen und auf einem Kongreß in Zürich im vorigen Jahre haben Wirtschaftstreue den Gedanken einer Zollunion zwischen Frankreich und Belgien besprochen. Es find nicht die Einfuhrzölle, es sind vielmehr manhafte Führer des öffentlichen Lebens, die seit Jahr und Tag an dem großen Plan arbeiten, zwischen Deutschland und Frankreich eine Zollunion mit der Tendenz weiterer Zusammenarbeit zu schaffen.

Man sieht, daß der Gedanke der Zollunion immer weitere Kreise zieht entsprechend dem ihm für die Sanierung Europas beizumehrenden Wert. Ich erlaube mich bei dieser Lage bereit, mit jedem Lande, groß oder klein, in einen absondlichen Gedantenaustausch über die Möglichkeit der Einführung einer Zollunion einzutreten und mache dabei keine Unterscheid in der Richtung, ob Verhandlungen zu Zweien oder von vornherein Verhandlungen einer regionalen Gruppe in Betracht kommen würden. Ich darf die dringende Bitte aussprechen, diese Aufforderung ernst zu prüfen.

Zum Schluß betonte Dr. Curtius, daß er bereit wäre, an allen Vorklären und Inregungen mitzuarbeiten, die geeignet wären, zur Wiedergeburt eines Westeuropas und Europas beizutragen.

Briand protestiert gegen die Zollunion.

Der französische Außenminister Briand gab nach der Rede des deutschen Außenministers in der Europa-Konferenz eine Erklärung ab, in der er das deutsch-österreichische Zollkommen auf härteste ablehnte und im Namen Frankreichs erklärte,